Rede von Oberbürgermeisterin Henriette Reker anlässlich der dbb Jahrestagung am 6. Januar 2024 im Koelnmesse Kongress Centrum Nord

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr verehrte Frau Ministerin Faeser,
sehr geehrte Frau Fleischmann, sehr geehrter Herr Geyer,
liebe Mitglieder des dbb beamtenbund und tarifunion,
meine Damen und Herren,

Ihnen allen herzlich Willkommen in Köln und ein glückliches, friedliches und fortschrittliches Jahr 2025.

„Deutschland im Wahljahr“, so haben Sie die heutige Veranstaltung überschrieben. Und in der Tat haben es die Bürgerinnen und Bürger Ende Februar selbst in der Hand, über den politischen Kurs der kommenden Jahre zu entscheiden. Zugleich ist die Wahl ein Stimmungstest.

Über allem steht die Sorge um eine Demokratie, deren Kritikerinnen und Kritiker ebenso wie extreme politische Ränder im Aufwind sind.

In den ersten Monaten des vergangenen Jahres gab es in allen Großstädten Massenproteste für die Demokratie, für Mitmenschlichkeit, Rechtsstaatlichkeit, Weltoffenheit. Doch in den Wahlergebnissen haben sich diese Demonstrationen nicht

widergespiegelt. Auch bei der Bundestagswahl werden populistische und nationalistische Parteien stark abschneiden.

Meine Damen und Herren, häufig heißt es, die Keimzellen der Demokratie wären die Kommunen. Und so ist es auch: Vor Ort erleben die Menschen ihren Staat bei Behördengängen, auf den Straßen, in den Schulen und Kitas, im ÖPNV usw. …

Was hier nicht funktioniert, kratzt am Vertrauen in den Staat und in seine demokratische Grundordnung. Dass hier einiges nicht so funktioniert, wie es sollte, liegt nicht etwa an den Mitarbeitenden des öffentlichen Dienstes. Es liegt an strukturellen Problemen!

Es ist ja beinah zu einem Ritual verkommen, dass ich als Vertreterin der kommunalen Ebene auf Ihrer Veranstaltung Jahr für Jahr an Bund und Land appelliere, die Kommunen auskömmlicher zu finanzieren. Vielleicht haben sich diese Forderungen inzwischen abgeschliffen.

Falsch sind sie deshalb aber nicht. Das Gegenteil ist der Fall: Sie sind aktueller denn je!

Es ist eingetreten, wovor die Städte seit Jahren warnen: Immer mehr Kommunen fallen in die Haushaltssicherung. Und Köln beginnt das Jahr erstmals seit vielen Jahren mit einer vorläufigen Haushaltsführung, weil die Lage so unglaublich schwierig ist.

Der Mehraufwand für Pflichtaufgaben ist enorm.

Und weiterhin wird durch neue Gesetze und bürokratische Hürden die Selbstverwaltung der Städte ausgehöhlt.

Die Lage für die Städte ist ernst – bitterernst! Und deshalb hoffe ich heute auf weit offene Ohren bei den Vertreterinnen und Vertreter aller staatlichen Ebenen!

An Sie, in Bund und Land, appelliere ich:

Erstens: Der permanente Bruch des Konnexitätsprinzips darf sich nicht fortsetzen! Ich erwarte von einem neuen Bundestag und einer neuen Bundesregierung vor allem eine faire Gesetzgebung, die Folgekosten seriös ausfinanziert, statt die Lösungsfindung an die unterste staatliche Ebene zu delegieren! Nur dann sind die Keimzellen der Demokratie in der Lage, ihren Job zu machen – und Vertrauen zurückzugewinnen – Vertrauen, das der Staat insgesamt benötigt, auch Bund und Länder!

Zweitens: Die Städte und Gemeinden müssen stärker an der Umsatzsteuer beteiligt werden. Nur mit dieser zusätzlichen Finanzierungsquelle ist es möglich, die großen und berechtigten Erwartungen an Transformation hinsichtlich Klimafolgenanpassung, nachhaltige Mobilität, Digitalisierung zu stemmen.

Und einen dritten Wunsch habe ich: Bauen muss einfacher werden!

Das haben wir auf dem Kölner Wohnungsbausymposium bereits gegenüber Bundesbauministerin Geywitz deutlich gemacht. Das Thema Wohnungsbau muss eine neue Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern schnellstmöglich angehen! Zeit zu verlieren, wäre fatal: Denn in Städten wie Köln ist Wohnen aufgrund der gesetzlichen Komplexität und Kostensteigerungen zu einer sozialen Frage geworden, die enorme Sprengkraft für den gesellschaftlichen Zusammenhalt beinhaltet.

Meine Damen und Herren, heute Nachmittag erwarten Sie Herrn Ministerpräsident Wüst. Die nordrhein-westfälische Landesregierung und die Stadt Köln arbeiten gut und konstruktiv zusammen. Doch auch ihn richte ich heute einen dringenden Appell – eine Bitte, die das Wohl der nächsten Generation und der Familien in unserem Bundesland betrifft:

Wir benötigen dringend für den Ausbau des Offenen Ganztags an unseren Schulen eine Finanzierung durch das Land! Ab 1. August 2026 tritt der Rechtsanspruch auf Offenen Ganztag in Kraft. Noch immer sind wesentliche Fragen ungeklärt. Ich fürchte, dass diese gesetzliche Mogelpackung, die gut gemeint aber nicht zu Ende gedacht ist, letztlich wieder einmal bei den Kommunen landet.

Und auch hier zeigt sich wieder der Zusammenhang zwischen staatlichem Handeln und der Vertrauenskrise der Demokratie:

Vertrauen wächst nur, wenn Erwartungen und Realisierbares in Einklang sind.

Vertrauen wächst, wenn versprochene Veränderungen eintreten.

Vertrauen wächst, wenn wir Entscheidungen transparent und nachvollziehbar erklären. Vertrauen wächst, wenn sich die öffentlichen Verwaltungen leistungsfähig zeigen können!

Meine Damen und Herren, eine Vorbedingung zur Leistungsstärke des Staates ist, dass die Verwaltungen auch entsprechend wettbewerbsfähige Gehälter zahlen können. Für die großen Herausforderungen, die insbesondere in den Kommunen zu stemmen sind, braucht es Exzellenz!

Auch wenn ich mich wiederhole: Es ist nicht einzusehen, warum es in oberen Bundesbehörden die Ministerialzulage gibt, obwohl wir doch erst recht in den Kommunen Anreize brauchen, die klügsten Köpfe für die komplexen Transformationen vor Ort zu gewinnen! Wir konkurrieren in Köln mit Bundesbehörden, etwa mit dem Bundesamt für Güterverkehr, dem Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Bundesverwaltungsamt. Eine wettbewerbsfähige Bezahlung muss auch der Stadt Köln möglich werden!

Und das gilt erst recht mit Blick auf den drohenden Fachkräftemangel und den Renteneintritt der sogenannten Babyboomer-Generation!

Meine Damen und Herren, ich habe heute über Herausforderungen und die Krise unserer Demokratie gesprochen. Das sind schwere Themen, zweifelsohne. Doch das darf uns nicht lähmen oder missmutig stimmen. Wir sind gut beraten – und haben allen Grund dazu – zuversichtlich auf das neue Jahr zu blicken: Denn es gibt Lösungen. Lösungen, die ich zum Teil heute formuliert habe. Lösungen, die umsetzbar sind. Lösungen, die wir selbst in der Hand haben.

Jetzt geht es um die Umsetzung! Und um die stärkere Berücksichtigung der Kommunen bei neuen Gesetzesprojekten. Unsere Erfahrungen, Hinweise und unsere Expertise muss in die Gesetzgebung von Bund und Land endlich stärker einfließen! Dann werden die Keimzellen der Demokratie ihre Arbeit wieder machen können. Dann entsteht neues Vertrauen zwischen Politik und Gesellschaft – und eine gute Perspektive für uns alle!

Ich wünsche Ihnen eine inspirierende Jahrestagung in Köln! Machen Sie es gut! Vielen Dank!